Gegenstellungnahme - Ratssitzung am 23.4.2024 Zu Stellungnahme AfD zur Trierer Erklärung (Rat 5.3.2024)



Gegen den Beschluss, sich der Trierer Erklärung anzuschließen, hat die AfD in der letzten Ratssitzung Stellung genommen und behauptet, dass: "die Resolution in Teilen völlig falsch ist und dies auch nachweislich", was natürlich nicht stimmt.

Es stellt sich die Frage, ob die AfD diese Erklärung überhaupt gelesen hat, denn 95 % dieser Erklärung beschreiben im Grunde nichts anderes, als dass ein Angriff auf die Menschenwürde nicht hingenommen werden darf und das Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verteidigt werden müssen. Die Aussage in der Stellungnahme: "erste Unterlassungserklärungen die gerichtlich bestätigt wurden" suggeriert, dass es bereits mehrere gegeben hat und weitere folgen würden. Das ist falsch. Siehe Pressebericht vom 27.02.2024

https://justiz.hamburg.de/gerichte/oberlandesgericht/gerichtspressestelle/unterlassungsantra g-gegen-correctiv-berichterstattung-nur-teilweise-erfolgreich--635106

Damit war bereits eine Woche <u>vor</u> der Ratssitzung klar, dass der Kläger nur in einem von drei Punkten Recht bekommen hatte. Das Medienhaus Correctiv konterte mit acht eidesstattlichen Erklärungen, nachdem der Staatsrechtler Ulrich Vosgerau sieben beim Gericht eingereicht hatte.

Dies hat Herr Lietza aber wohl bewusst verschwiegen, obwohl er schreibt, "die Ereignisse überschlagen sich ich muss meine Rede tatsächlich neu überdenken." Wichtig ist hierbei, dass es bei allen angestrebten Verfahren nie um die gesamte Recherchen ging, sondern immer nur um die rechtliche Bewertung einzelner Aussagen! Der Kern der Correctiv-Recherche wurde von den Teilnehmer*innen des Potsdamer Geheimtreffens vor Gericht nicht angegriffen.

Die zentralen Rechercheergebnisse bestehen weiterhin! Weitere Prozessbemühungen waren nicht erfolgreich oder sind gescheitert. Auch die Staatsanwaltschaft Potsdam sieht keinen Anfangsverdacht für verfolgbare Straftaten und wird nicht ermitteln.

Die AfD reagiert wie gewohnt. Sie versucht sich als Opfer darzustellen und das Narrativ zu verbreiten, dass "nun platzt auch noch die Blase vor den Gerichten", wie es in der Stellungnahme steht.

Inzwischen wissen wir aber,

- dass der Referent und die rechte Hand von Alice Weidel zeitnah gehen musste.
- dass die anwesenden CDU-Mitglieder entweder ausgetreten sind oder gegen sie ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet wurde.
- dass mit Mario Müller ein Mitglied der Identitären Bewegung und verurteilter Gewalttäter als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim AfD Bundestagsabgeordneter angestellt ist.
- dass 14 weitere verurteilte Gewalttäter für die AfD aktuell in deutschen Parlamenten sitzen.
- dass gegen den österreichischen Rechtsextremisten Martin Sellner ein bundesweites Einreiseverbot verhängt wurde. (Über den Eilantrag dagegen ist noch zu entscheiden.)
- dass inzwischen über 4 Millionen Menschen demonstriert haben.

Es war keine Blase. Es war ein Weckruf!